

**Bürger verweisen Micro-Studie in ihre Schranken:** Zahlreiche Bürger/innen, darunter vor allem sehr viele CDU-Orstvorsteher/innen, Stadträte und Ortsbeiratsmitglieder/innen, aber auch eine kleine überparteiische Mischung von Kommunalpolitikern und politisch Interessierten, folgten den Erläuterungen von Prof. Lorig und seinem studentischen Mitarbeiter Herrn Henn, die zu Beginn der CDU-Veranstaltung einige Ergebnisse ihrer Befragungsstudie der Ortsbeiräte und Bürger/innen zur Rolle der Kommunalpolitik in Trier vortrugen. Dabei betonte Prof. Lorig ausdrücklich, die studentische Idee, nach der die Ortsbeiräte entweder ganz abzuschaffen seien oder zusammengelegt werden sollten, sei studentischen Ideen geschuldet mit dem Vorteil der parteilosen Unbetroffenheit. Der Grund, weswegen die Studenten aber die bestehenden Strukturen auflösen wollten, läge im zunehmenden mangelnden Engagement vor allem junger Leute, die sich nicht mehr längerfristig „binden“ wollen und sich schon gar nicht parteipolitisch für den Zeitraum einer fünfjährigen Legislaturperiode politisch vereinnahmen lassen wollen. Vielmehr seien jüngere Leute „Projekt- und Themenbezogen“ motiviert. - Vor diesem Hintergrund sei es besser, Demokratie, statt auf einer repräsentativen Ebene, wie in den Ortsbeiräten oder im Stadtrat, auf einer konsultierenden Ebene zu agieren, bei der die Meinungen der Bürger/innen nur abgefragt werden. Die Entscheidungen würden aber nach wie vor von demokratisch legitimierten Gremien, wie dem Stadtrat, verbindlich getroffen. Allerdings könnten sich junge Leute so erst einmal erproben und dann für sich entscheiden, ob sie sich längerfristig parteipolitisch binden und in politischen Gremien engagieren wollten. So die Überlegung der Studenten. - Dagegen sprach sich Burkhard Höhnlein als Rechtsexperte des Gemeinde- und Städtebundes klar und deutlich für die Beibehaltung der Ortsbeiräte als unterste bürgerdemokratische Ebene einer Stadt aus, weil die Ortsbeiratsvertreter/innen nahe an den Bedürfnissen und wirklichen Belangen der Menschen vor Ort seien. – Für seine kompromisslose, basisdemokratische Position erhielt er viel Beifall aus dem Publikum, das überwiegend mit CDU-Sympathisanten besetzt war. - Zahlreiche Ortsvorsteher ergriffen das Wort, um ihre Meinung und ihre Erfahrungen im Umgang mit der Stadtverwaltung und dem Stadtvorstand zum Ausdruck zu bringen. Dabei gab es viel Kritik am Vorgehen beider Gremien. Zudem wurde der Wille deutlich, dass dringend etwas an den bestehenden Entscheidungsstrukturen verändert werden müsse. Vor allem müssten die Ortsbeiräte erhalten werden, damit der Ortsvorsteher mit seiner Meinung politisch nicht in der Luft hängen bliebe, wenn er als Sprecher des Stadtteils eine größere Rolle spielen sollte. Allerdings verwarf man auch den Vorschlag, ersatzweise für die Ortsbeiräte von Fall zu Fall „runde Tische“ einzubestellen. Hier fehle die demokratische Legitimierung. Entscheidungen die Gemeinschaft betreffend liefen so auf bloßen Lobbyismus hinaus, was keiner wolle. Positiv wurde jedoch aufgenommen, dass der Ortsvorsteher eine bessere Anlaufstelle für Bürgerbelange werden müsse. Hier würde ein eigenes Büro helfen, sowie eine größere Kompetenzübertragung für die Ortsbeiräte. Dies wäre, so Burkhard Höhnlein, rechtlich durchaus möglich, wenn der Stadtrat seine Geschäftsordnung überarbeiten würde. Es könnten nämlich, ebenso wie der Stadtrat Entscheidungen an seine Dezernatsausschüsse abgebe, auch Entscheidungen des Stadtrates an die Ortsbeiräte delegiert werden mitsamt einem Budget zur autonomen Verwaltung, wenn man es nur wolle! - Vor diesem Hintergrund darf man gespannt sein, was der Oberbürgermeister Jensen am 16.04.13 den Ortsvorstehern referieren wird. Denn gerade diese Konstellation einer demokratisch vom Ortsbeirat nicht (!) legitimierten Sprecherrolle des Ortsvorstehers wurde von den 50 Ortsbeiräten, die sich Anfang des Jahres in Heiligkreuz eigenen Beratungen getroffen hatten, stark kritisiert, weil die Meinungsbildung des Ortsbeirates auf diese Weise umgangen werden könne, was dann zu Stadtratsentscheidungen führe, die bei den Ortsbeiräten mehrheitlich zu großem Unverständnis führen würden, weil sie dort ggf. genau anders getroffen wurden. Verschwiegenheit sei kein Thema!